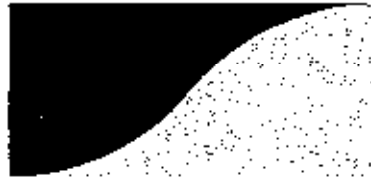


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

37. Jahrgang / 32

16. Februar 1982

Willy Brandt, Vorsitzender der SPD, würdigt Heinz Kühn anlässlich dessen 70. Geburtstag am 18. Februar.

Seite 1/2

Dr. Klaus von Dohnanyi, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, erinnert an die große Sturmflut vor 20 Jahren und die Konsequenzen, die daraus gezogen wurden.

Seite 3

Eugen Glombig MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, setzt sich für ein bedarfsgerechtes Taschengeld für alle Heimbewohner ein.

Seite 4

Walter Edenhofer, Leiter des Referats für Arbeitnehmerfragen beim SPD-Vorstand, untersucht das Verhältnis von Kommunisten zu freien Gewerkschaften.

Seite 5

Kämpfer für ein Deutschland der sozialen Demokratie

Heinz Kühn zum 70. Geburtstag

Von Willy Brandt

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der 70. Geburtstag von Heinz Kühn ist der gegebene Anlaß, ihm nicht nur unsere herzlichen Glückwünsche zu sagen. Wir möchten auch dankbar jener Leistungen gedenken, die unser Freund und Weggefährte im Kampf für ein Deutschland der sozialen Demokratie vollbracht hat. Groß ist die Zahl derer, die um sein beispielhaftes Wirken wissen, und viele hoffen, daß ihnen sein aus reichen Erfahrungen schöpfender Rat noch lange zur Verfügung stehen möge.

Schon in jungen Jahren fand er den Weg zum demokratischen Sozialismus. Der Ungeist der immer stärker werdenden Hitler-Bewegung forderte den jungen Mann heraus und verletzte ihn. Aber nicht Resignation, sondern der Wille zum Kampf gegen den Ungeist sollte sein Leben bestimmen.

Mit Gleichgesinnten ging er in den Untergrund, dann ins Exil. Es folgte ein Jahrzehnt gefährlichen Widerstands gegen das Unrecht-Regime, das ganz Europa überflutet hatte. Als Heinz Kühn in seine von Bomben zerstörte Heimatstadt Köln zurückgekehrt war, reihte er sich sofort in den Kreis jener ein, die sich angeschickt hatten, die grauenvolle Hinterlassenschaft der NS-Barbarei so schnell wie möglich zu überwinden.

Gemeinsam mit Willi Eichler übernahm er die Leitung einer der ersten der in der britischen Besatzungszone zugelassenen sozialdemokratischen Zeitungen. In jenen Tagen, als viel von der "kollektivschuld" des deutschen Volkes gesprochen wurde, war Heinz Kühn ein vielbeachteter Zeuge für die Opfer und Leiden des "anderen" Deutschland.

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Printed in Germany  
with recycled paper  
Recycling-Paper



Während der folgenden Jahre sehen wir Heinz Kühn an der Spitze der SPD im Rheinland, als Landtags- und Bundestagsabgeordneten, als Mitglied des Bundesvorstandes unserer Partei und als Abgeordneten der Beratenden Versammlung des Europarates, bis er schließlich - nach einem großartigen Wahlerfolg und im Bündnis mit den Freien Demokraten - im Dezember 1966 zum Ministerpräsidenten des volkreichsten Landes unserer Bundesrepublik, Nordrhein-Westfalen, gewählt wurde. Es ist gewiß nicht zu viel gesagt, wenn wir rückblickend feststellen, daß damals in Düsseldorf wesentliche Voraussetzungen für das sozialliberale Bündnis auch in Bonn geschaffen wurden.

An der Spitze von Nordrhein-Westfalen konnte Heinz Kühn die Fülle seiner vielseitigen Begabungen entfalten. Auf vielen Ebenen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung sehen wir ihn als Streiter für die Verwirklichung fortschrittlicher Ideen. Sein verbindliches, nach Ausgleich strebendes Wesen ließen ihn zu einem hervorragenden Interpreten moderner sozialdemokratischer Politik werden.

Als Mitglied unserer Parteiführung hat er an den Weichenstellungen der sechziger und siebziger Jahre maßgeblichen Anteil gehabt. Dies gilt im besonderen für den Zeitabschnitt zwischen den Parteitagen von Hannover und Mannheim, als er sich für die Aufgabe eines stellvertretenden Vorsitzenden zur Verfügung gestellt hatte.

Schon früh hatte Heinz Kühn die Verpflichtung der Industrienationenerkannt, ihr Verhältnis zu den Staaten der Dritten Welt neu zu ordnen. Die Auslandsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung profitierte von seinen großen internationalen Erfahrungen. Ihm ist es mit zu verdanken, daß unsere Bundesrepublik in zahlreichen Staaten Afrikas und Asiens zuverlässige Freunde hat.

Als Heinz Kühn 1978 das Steuer des ihm zwölf Jahre zuvor anvertrauten Staatsschiffes in jüngere Hände legte, geschah dies in einer Art, die künftige Erfolge sicherte. Der erfolgreiche Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen verabschiedete sich von seinen Freunden mit dem Versprechen, auch in Zukunft immer zur Stelle zu sein, wenn sein Rat gebraucht werde. Dieses Versprechen hat er gehalten.

Als Beauftragter der Bundesregierung für die Entwicklung einer neuen Politik, um die menschlichen und politischen Probleme der Gastarbeiter zu bewältigen, hat Heinz Kühn wertvolle Vorarbeiten geleistet. Als Abgeordneter des Europa-Parlaments ist er wie eh und je seinen jüngeren Parlamentskollegen ein respektierter und geschätzter Ratgeber.

Unser Wunsch zu seinem 70. Geburtstag: daß er sich über das Geleistete freuen und uns weiter helfen möge.

-/16.2.1982/vo-he/hgs)



**Wir müssen mit der Gefahr leben**

Vor zwanzig Jahren wurde Hamburg von  
der schwersten Sturmflut seiner jüngeren Geschichte getroffen

Von Dr. Klaus von Dohnanyi

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Heute fährt sich zum 20. Mal der Tag der Sturmflut vom 16. auf den 17. Februar 1962. Dieser Tag ist in die Geschichte des norddeutschen Küstenlandes eingegangen als unvergeßliches Schreckensdatum.

Am härtesten traf es unsere Stadt, traf es Hamburg. Und besonders der Stadtteil Wilhelmsburg, die tiefgelegene Insel zwischen den Armen der Norder- und der Süderelbe, bekam die ganze Gewalt der Naturmächte zu spüren.

Wir wollen dieses Tages gedenken. Wir wollen die Toten ehren und die Lebenden mahnen, so wie es auf dem Denkmal steht, das die Wilhelmsburger zur Erinnerung an die Flutkatastrophe errichtet haben.

Von den 120.000 Einwohnern der Stadtteile in den Überflutungsgebieten sind 34.000 von der Katastrophe betroffen. Sie müssen gerettet oder an Ort und Stelle versorgt werden. 20.000 Menschen müssen evakuiert werden. Der Schaden ist unüberschaubar. Am schwersten betroffen sind die Elbinseln zwischen Norder- und Süderelbe, das Alte Land, die Vier- und Marschlande. 340 Menschen müssen in dieser Schreckensnacht ihr Leben lassen; 315 Menschen in Hamburg. Die meisten in Wilhelmsburg.

Der Senat hat nach den Ereignissen von Februar 1962 ein wissenschaftliches Gutachten über die Ursachen und den Ablauf der Sturmflut sowie die Grundlagen für eine Neugestaltung der Hochwasserschutzanlagen in Auftrag gegeben.

Nach dem Ergebnis dieses Gutachtens wurden die neuen Anlagen errichtet. Entsprechend dem maßgebenden Sturmflutwasserstand von 6,70 Meter über Normalnull wurde die Mindestdeichhöhe auf 7,20 Meter über Normalnull festgelegt, in Abschnitten mit höherem Wellenauflauf oder anderen Einflüssen auch höher, zum Beispiel auf neun Meter über Normalnull im Bereich der Abdämmung der alten Süderelbe.

Die neue Hauptdeichlinie ist rund 96 Kilometer lang. 74 Kilometer Hochwasserschutzanlagen sind als Erddeiche und 22 Kilometer als Hochwasserschutzmauern ausgebildet.

Insgesamt wurden sechs Sperrwerke, sechs Schiffsschleusen, elf Schöpfwerke und 20 Deichsiele in der Hauptdeichlinie errichtet oder erneuert.

Die Gesamtkosten der neuen Hochwasserschutzanlagen - einschließlich der Maßnahmen zur Verbesserung der Binnenentwässerung - liegen bei circa 780 Millionen Mark. Der Bund hat sich an der Finanzierung beteiligt. Er tut das auch heute im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes".

Diese Anlagen haben ihre Bewährungsprobe bestanden. Vor allem bei den großen Sturmfluten 1973 und 1976, zuletzt bei der Sturmflut vom 24. November 1981.

Nach 1976, nach der Sturmflut mit den höchsten Scheitelwasserständen in der Elbe, wurde erneut verstärkt für den Schutz gearbeitet. Mit staatlichen Mitteln von rund 650 Millionen Mark und rund 200 Millionen Mark privaten Investitionen wurden etwa zwei Drittel des Hafengebietes und mit weiteren Mitteln zahlreiche Grundstücke am nördlichen Elbufer gegen Sturmfluten geschützt.

Bleiben wir uns aber auch immer bewußt: Wir müssen mit der Gefahr leben. Nie werden wir mit letzter Gewißheit sagen können: eine Katastrophe wird es nicht mehr geben.

Der Mensch lebt in ständiger Bedrohung durch die Naturgewalten. Dem hat er nur dies entgegenzusetzen: Seinen Verstand und seine Wachsamkeit und seinen Zusammenhalt in der Gemeinschaft.

(-/16.2.1982/vo-he/hgs)



**Bedarfsgerechtes Taschengeld für alle Heimbewohner****Chance für eine konstruktive Neuregelung nutzen**

Von Eugen Glombig MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

In der Öffentlichkeit hat es zu Recht Mißmut und Verärgerung ausgelöst, daß die CDU/CSU-Mehrheit in Bundesrat und Vermittlungsausschuß im Rahmen des 2. Haushaltsstrukturgesetzes eine Änderung der Regelung über das sogenannte Zusatztaschengeld für Sozialhilfeempfänger in Heimen durchgesetzt hat. Dies könnte positive Wirkungen haben. Zum einen interessiert es hoffentlich auch diejenigen Politiker aller Ebenen für Fragen der Sozialhilfe, die diesem wichtigen Bereich sozialpolitischer Gestaltung bisher eher ferngestanden haben. Zum anderen eröffnet es möglicherweise die Chance, daß sich die politisch Verantwortlichen auf eine konstruktive Neuregelung der Taschengeldbestimmungen verständigen. Denn dies ist im Interesse der Betroffenen erforderlich.

Ein Taschengeld für Heimbewohner, deren Unterbringungskosten die Sozialhilfe ganz oder teilweise übernimmt, gibt es seit Bestehen des Bundessozialhilfegesetzes. Im Jahre 1972 erfolgte auf Druck der CDU/CSU im Vermittlungsausschuß eine Differenzierung: Es wurde ein sogenanntes Grund- und Zusatztaschengeld eingeführt. Das Grundtaschengeld war für alle Heimbewohner gedacht. Das Zusatztaschengeld dagegen erhielten nur die Heimbewohner zugesprochen, die mit eigenem Einkommen, zum Beispiel einer Rente, zu den Heimkosten beitragen. Dieses Zusatztaschengeld wurde auf 25 Prozent des eigenen Einkommens festgelegt, und zwar bis höchstens 20 Prozent des Sozialhilferegelsatzes eines Haushaltsvorstandes, des sogenannten Eckregelsatzes. Die Sozialdemokraten waren gegen das Zusatztaschengeld, weil es dem Grundsatz der Nachrangigkeit des Sozialhilferechts widerspricht und die Heimbewohner mit eigenem Einkommen - je nach dessen Höhe - bevorzugt. Die Höhe des Grundtaschengeldes bestimmen die zuständigen Landesbehörden, damals wie heute.

Beim 2. Haushaltsstrukturgesetz haben CDU und CSU für eine Änderung der Zusatztaschengeldregelung gesorgt. Das Grundtaschengeld dagegen blieb unberührt. Um jetzt überhaupt ein Zusatztaschengeld zu erhalten, muß der Heimbewohner wenigstens in Höhe des doppelten Eckregelsatzes zu den Heimkosten beitragen. Tut er dies, dann und nur dann, erhält er ein Zusatztaschengeld von fünf Prozent des eigenen Einkommens bis höchstens 15 Prozent des Eckregelsatzes. Diese Lösung bedeutet entweder einen Wegfall oder eine Kürzung des Zusatztaschengeldes und verstärkt die Bevorzugung der Bezieher höherer eigener Einkommen.

Als neue Lösung sollte ein bedarfsgerechtes Taschengeld für alle Heimbewohner angestrebt werden, die Sozialhilfe erhalten. Wenn die zuständigen Landesbehörden das jetzige Grundtaschengeld - dem Bedarf der Heimbewohner entsprechend - erhöhen würden, könnte auf ein Zusatztaschengeld verzichtet werden. Ein bedarfsgerechtes Taschengeld hätte mehrere Vorteile: Es stünde voll mit den Prinzipien des Bundessozialhilfegesetzes in Einklang, und es würde die Heimbewohner gleichbehandeln. Niemand wird behaupten können, daß sich der Bedarf der Heimbewohner nur deshalb unterscheidet, weil sie im unterschiedlichen Maße zu den Kosten ihrer Heimunterbringung selbst beitragen. Das bedarfsgerechte Taschengeld wäre eine einfache, für die Heimbewohner überschaubare und für Sozialdemokraten überzeugende Lösung. Die Länder sollten ein Signal geben, daß sie - aus ihrer Verpflichtung vor allem gegenüber den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern - bereit sind, den Weg zu einer solchen Taschengeldregelung mitzugehen.

(-/16.2.1982/hj/hgs)



**Einheitsgewerkschaft wahren**

**Zum Verhältnis von Kommunisten und Gewerkschaften**

Von Walter Edenhofer

Leiter des Referats für Arbeitnehmerfragen beim SPD-Vorstand

Betriebe und Gewerkschaften sind für Kommunisten seit jeher ein Schwerpunkt politischer Arbeit und Agitation. Ihre politische Arbeit in den Betrieben durch Betriebsgruppen und Betriebszeitungen zu stärken und sich in den Gewerkschaften aktiv zu betätigen, sind die Hauptziele der DKP und ihrer Jugendorganisation SDAJ. Die Arbeitnehmer und ihre Organisationen sollen als Vehikel zur Durchsetzung kommunistischer Kadernpolitik benutzt werden. Für die Gewerkschaftsarbeit der DKP gilt der Grundsatz: "Wir, die Kommunisten verstehen uns nicht als Opposition in den Gewerkschaften, sondern betrachten uns zum Kern der bedeutenden Organisationen der Arbeiterklasse zugehörig."

Die DKP macht es jedem Kommunisten zur Pflicht, ein aktiver Gewerkschafter zu sein und für die Verwirklichung "der den Interessen der Arbeiterklasse dienenden Gewerkschaftsbeschlüsse zu kämpfen". Das bedeutet, daß Gewerkschaftsbeschlüsse von Kommunisten nicht generell, sondern nur dann zu befolgen sind, wenn sie den "Interessen der Arbeiterklasse" dienen. Wann das der Fall ist, bestimmt das DKP-Programm. Damit wird deutlich, daß sich Kommunisten nur aus taktischen Gründen zu den Zielen und Grundsätzen freier und unabhängiger Gewerkschaften bekennen.

Sozialdemokratische Gewerkschafter dürfen sich in ihrer politischen Arbeit daher nicht täuschen lassen, daß sich Mitglieder der DKP gewerkschaftskonform und als konsequente Vertreter von Arbeitnehmerinteressen ausgeben. Sie orientieren sich letztlich an den programmatischen Aussagen und der politischen Richtung ihrer Partei, auch wenn diese im Widerspruch zu gewerkschaftlichen Beschlüssen stehen.

Besonders deutlich wird dies bei den Aktionen des DGB "Solidarität für Polen" und im Verhältnis zur polnischen Gewerkschaft "Solidarnosc". Zu den Solidaritätsaktionen des DGB nimmt die Tageszeitung der DKP "UZ" vom 29. Januar wie folgt Stellung: "Um so bedauerlicher ist es, daß auch die DGB-Führung und einige Kräfte aus den Reihen der Friedensbewegung unseres Landes meinen, in das gleiche Horn stoßen zu müssen: Solidarität mit Solidarnosc. Gewiß, Motive und Absichten sind verschieden, doch die Wirkung ihres Tuns führt sie unweigerlich an die Seite der Reagan-Strauß und Co."

Auf der zentralen Solidaritätskundgebung des DGB-Landesbezirks in Mülheim am 30. Januar wurde der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter von kommunistischen Sprechchören als "Kriegshetzer" und "Heuchler" diffamiert und ausgepiffen als er sich für die Freilassung inhaftierter Gewerkschafter und die Wiedenzulassung der Gewerkschaft Solidarnosc in Polen aussprach.

Als "Trauerspiel des DGB" werden in dem Funktionsorgan der DKP "Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik" 1/82 die Gespräche bezeichnet, die der DGB in den letzten Wochen mit den Vertretern der politischen Parteien, der Bundesregierung, der Wirtschaft und der Bundesbank zur Lösung der Beschäftigungskrise führte. Zitat: "Diese Gemeinsamkeitspolitik der DGB-Spitze mit dem Kapital dient letztlich nur deren Profit- und Machtinteressen und muß sich schädlich für die Millionen Gewerkschafter auswirken. Ein derartiges Trauerspiel kann nur durch den Massenwiderstand der Gewerkschaftsmitglieder beendet werden."

Damit wird dem DGB bei seinen Bemühungen um beschäftigungspolitische Maßnahmen der Verrat von Arbeitnehmerinteressen unterstellt.

Die DKP verfolgt unabweislich das Ziel, die Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik auf revolutionärem Wege durch soziale Unruhen zu verändern und steht damit außerhalb unserer rechtsstaatlichen Ordnung.

Die sozialdemokratischen Gewerkschafter werden es nicht hinnehmen, daß die Einheitsgewerkschaft von Kommunisten infrage gestellt und diffamiert wird. Wer sich gegen gewerkschaftliche Beschlüsse stellt, hat in den Gewerkschaften nichts zu suchen.

+ + + (-/16.2.1982/bgy/hgs)